



Inhalt

1. **Ändert sich nun Deutschlands Migrationspolitik? 2**
2. **Lex AfD - Ampel will Beamte künftig
ohne Gerichtsentscheidungen rausschmeißen..... 2**
3. **Deutschland und die Traditionsvergessenheit 3**
4. **Die letzte Generation – Auf dem Weg zu einer Terrororganisation? 4**
5. **Drucksachen der AfD-Fraktion..... 5**



1. Ändert sich nun Deutschlands Migrationspolitik?

Einen Tag nach dem Flüchtlingsgipfel der Ministerpräsidenten bei Bundeskanzler Olaf Scholz gab es im Bundestag eine erneute Kontroverse um die Asylpolitik der Bundesregierung. Am Dienstag hatte die SPD-Fraktion den Kanzler früher von einer Auslandsreise zurück zum Rapport beordert. Die SPD-Linken haben riesige Angst vor der nötigen Änderung der Asylpolitik. Die AfD-Politik imitierende CDU/CSU hatte dann einen Antrag zur besseren Kontrolle der deutschen Grenzen in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wer jetzt das Gefühl hat, solche Anträge kommen einem dem Wortlaut nach bekannt vor: Keine Sorge, das ist wohl Absicht. Es kommt aber schon einer Farce gleich, wenn eine Partei 16 Jahre lang Regierungsverantwortung hat und die staatsrechtlich definierten Grenzen eines Staatsgebiets so dermaßen pervertiert, indem sie für eine vollständig unkontrollierte Öffnung sorgt.

Jörn König fragt sich: „Wieso fällt der lahmen CDU eigentlich erst jetzt auf was in dem Land alles schief läuft. War es echt nur die Arroganz der Macht, die sämtliche Politiker im Bundestag blind für die Realität draußen gemacht hat? AfD-Politik hätten Sie schon viel früher betreiben können. Ist ja nicht so, dass wir denen nicht schon seit knapp 8 Jahren erklären, dass man einen souveränen Staat braucht und seine Grenzen und vor allem eigenen Bürger schützen muss. Der Druck scheint sich aber auf die Bundesregierung tatsächlich zu erhöhen. Bei der SPD kracht es derzeit gewaltig. Die Bundesregierung muss ihren Kurs zumindest teilweise ändern. Aber da springt denen gerade der linke Flügel aufs Dach. Ich bin mal gespannt, was sich da noch ergibt. Dass sich alle 16 Bundesländer gegen den Kanzler aufgrund der nicht mehr zu stemmenden Belastungen wenden, dass muss man auch erst einmal schaffen. SPD eben.“

2. Lex AfD - Ampel will Beamte künftig ohne Gerichtsentscheidungen rausschmeißen

Und weiter geht's. Die Bundesregierung hat mal wieder einen Gesetzentwurf zur Abschaffung von demokratischen Grundregeln in den Bundestag eingebracht. Künftig sollen nun angebliche Extremisten schneller aus dem Beamtendienst entfernt werden können. Die Bundesregierung beklagt die hohen Hürden und die lange Dauer der Disziplinarverfahren. Dazu sollen die Disziplinarbehörden mit einer erheblichen Kompetenzerweiterung ausgestattet werden. Statt Disziplinaranzeige vor dem Verwaltungsgericht erheben zu müssen, sollen die Disziplinarbehörden künftig sämtliche Disziplinarmaßnahmen, einschließlich der Zurückstufung, der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis und der Aberkennung des Ruhegehalts, durch Disziplinarverfügung aussprechen.

Jörn König erklärt: „Für alle die meinen es tangiert sie nicht: Die Ampel zieht knallhart durch. Wir haben schon in der Corona-Zeit davor gewarnt, dass sich die alten Politiker an ihre Macht klammern und den Rechtsstaat untergraben. Eine Bundesregierung will die Gerichtsentscheidung abschaffen und sie lieber selbst fällen. Kommt das irgendwem bekannt vor? Den Mitteldeutschen kommt es ganz sicher bekannt vor. Bei der Entfernung von Beamten gelten nicht ohne Grund hohe Anforderungen. Man will jetzt aber augenscheinlich die Behörden säubern und den Weg über die Gerichte sparen. Wer das ernsthaft für einen guten Weg hält, sollte selbst mal auf seinen rechtsstaatlichen Kompass schauen. Wer hier den Boden des Grundgesetzes verlässt haben gefälligst Gerichte zu entscheiden. Und nicht Politiker mit eigenen Interessen.“

3. Deutschland und die Traditionsvergessenheit

Der Bundestag hat am Donnerstag in einer Vereinbarten Debatte zum Einzug der deutschen Nationalversammlung in die Frankfurter Paulskirche vor 175 Jahren am 18. Mai 1848 und der Ausarbeitung der ersten gesamtdeutschen Verfassung gedacht. Wirtschaftliche Krisen, Massenarmut und allgemeine politische Unzufriedenheit destabilisierten seit Beginn der 1840er Jahre die soziale und politische Ordnung in zahlreichen europäischen Staaten und mündeten 1848 schließlich in eine ganz Europa erfassende revolutionäre Welle. Auch in Deutschland wurden auf Versammlungen und Demonstrationen die Gewähr von Grund- und Freiheitsrechten und nationale Einheit gefordert. Unter dem Eindruck der revolutionären Dynamik gaben die restaurativen Kräfte schließlich ihren Widerstand auf und machten der von breiten Schichten getragenen Bewegung wesentliche Zugeständnisse: Die Zensur wurde aufgehoben, politische Aktivitäten zugelassen und reformbereite Regierungen ernannt. Auch der Einberufung einer Nationalversammlung, die die Errichtung eines deutschen Nationalstaats in die Wege leiten sollte, stimmten die Machthaber in den deutschen Einzelstaaten zu.

Jörn König dazu: „Das können die alten Politiker wirklich gut. Sich selbst mit pseudo-demokratischem Geschwätz beweihräuchern und eine Erinnerungskultur heraufbeschwören, die den harten Kampf für die Demokratie in Szene setzt. Aber mal ganz ehrlich: Genau das Gegenteil passiert hier in den letzten Jahren in Deutschland. Die Demokratie wird mit Füßen getreten. Es ist sogar schon so weit gekommen, dass man als Patriot ein Verfassungsfeind genannt wird. Ich finde es jedenfalls komisch und absolut nicht authentisch, wenn sich Politiker in den Bundestag stellen und von wichtigen Demokratischen Errungenschaften reden, aber gleichzeitig einen Krieg gegen die deutsche Tradition und Identität anführen. Götz Frömking hat es ganz gut getroffen als er sagte, dass die glühenden Patrioten von damals wie Friedrich Ludwig Jahn, Moritz Arndt oder der damalige Präsident der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, wahrscheinlich im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden würden.“

4. Die letzte Generation – Auf dem Weg zu einer Terrororganisation?

Am 10. Mai ist in Wien ein Mann infolge eines medizinischen Notfalls verstorben. Der Rettungswagen, der auf dem Weg zur Reanimation war, wurde durch selbsternannte Klimaaktivisten aufgehalten. In Berlin und anderen deutschen Großstädten kennt man das Phänomen der sogenannten Klimakleber. Auch hier gab es Blockaden der Rettungswagen. Einen Volksaufstand konnte man wohl nur verhindern, indem man einen Mediziner gefunden hat, der die Unerheblichkeit dieser Verzögerung für die Todesursache festgestellt hat. Diese Quasi-Terroristen werden weiterhin munter von Vertretern den Behörden verhätschelt und wenn überhaupt, dann nur mit milden Strafen belegt. Und das, obwohl ihre Aktionen bereits Menschenleben forderten und einen beispiellosen Schaden für die Wirtschaft bedeuten. Im Gegensatz zu den harten Corona-Maßnahmen, die auch mit Gewalt durchgesetzt wurden, scheint der Staat hier wenig Handlungsbedarf zu sehen.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat diese Woche einen Antrag vorgelegt um die „Letzte Generation“, die sich für die Klebeaktionen verantwortlich zeigt, zu verbieten. Dabei hat Stephan Brandner in seiner Rede klar skizziert, warum die Organisation sich auf dem Weg zu einer terroristischen Vereinigung befindet. Der Vergleich mit der RAF bietet sich hier an. Auch damals begann es mit Sachschäden und zivilem Ungehorsam, bis schließlich der Verlust von Menschenleben in Kauf genommen wurde. Schlussendlich gipfelte das in Entführung und Mord. Die Aufgabe des Rechtsstaates ist es, solche Entwicklungen von Beginn an zu beobachten und einzuschreiten, bevor die Gewaltspirale nicht mehr aufzuhalten ist.

Zur Rede von Stephan Brandner: <https://dbtg.tv/cvid/7553621>

Jörn König meint: „Die Klimakleber sind nicht nur gefährlich und radikalisieren sich zunehmend, sie verursachen auch hohe Kosten. Von den schrecklichen Einzelschicksalen, wie Todesfällen nach steckengebliebenem Krankenwagen oder Notärzten abgesehen, sind die wirtschaftlichen Schäden beträchtlich. Es ist an der Zeit, dass die sogenannten Aktivisten zur Kasse gebeten werden: ausgefallene Arbeitsstunden, zu spät gelieferte Waren und vieles mehr. Im Moment muss die arbeitende Bevölkerung diese Verluste kompensieren. Wäre es da nicht möglich Bußgelder in ähnlicher Höhe zu verhängen, wie es noch vor zwei Jahren bei Maskenverweigerern bzw. harmlosen Spaziergängern getan wurde? Der Rechtsstaat muss hier Zähne zeigen, bevor es zu spät ist!“

5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/6580 [Drucksache als PDF](#) Ausweitung der Haftmöglichkeiten für Gefährder
- 20/6582 [Drucksache als PDF](#) Hinzuverdienstgrenzen bei den Witwenrenten neu regeln
– Fachkräfte freisetzen
- 20/6611 [Drucksache als PDF](#) Akademische und berufliche Bildung gleichstellen – Unser Land braucht Meister
- 20/6564 [Drucksache als PDF](#) Situation der kritischen Infrastruktur in Norwegen in Bezug auf die Pipelineverbindungen nach Deutschland -20/6304-
- 20/6522 [Drucksache als PDF](#) Uran-Munition: geplante Lieferung durch Großbritannien an die Ukraine sowie mögliche Folgen für Mensch und Umwelt
- 20/6532 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Schließung von Schlössern der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg für den Besucherverkehr
- 20/6579 [Drucksache als PDF](#) Förderung des Kompetenz- und Koordinierungszentrums Polnisch (KoKoPol) durch die Bundesregierung (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6383)
- 20/6603 [Drucksache als PDF](#) Berücksichtigung von Primärdaten klinischer Studien bei der Zulassung von COVID-19-Impfstoffen
- 20/6581 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Entpolitisierung des Bundesverfassungsgerichts und Stärkung der Akzeptanz seiner Entscheidungen (Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes)
- 20/6619 [Drucksache als PDF](#) Familiennachzug von Drittstaatenangehörigen nach Deutschland im Jahr 2022
- 20/6621 [Drucksache als PDF](#) Zur Rolle ausländischer Gelder bei der Finanzierung von Klimaprotesten und ihre Auswirkungen auf den demokratischen Wettbewerb
- 20/6623 [Drucksache als PDF](#) Einsatz der Spezialeinheit GSG 9 im Haus des Vorsitzenden des Vereins Polizisten für Aufklärung e. V.
- 20/6647 [Drucksache als PDF](#) Laut Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt vergessene Wasserstraßen
- 20/6650 [Drucksache als PDF](#) Entwicklung von Gruppenvergewaltigungen

- 20/6651 [Drucksache als PDF](#) Antragstellung auf Asyl nach Einreise mit Visum im Jahr 2022
- 20/6634 [Drucksache als PDF](#) Serielles und modulares Bauen vor allem im Hinblick auf Geflüchtete -20/6398-
- 20/6635 [Drucksache als PDF](#) Wohnungsbau für Geflüchtete -20/6396-
- 20/6636 [Drucksache als PDF](#) Illegale Einreisen nach Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2022 -20/6303-
- 20/6637 [Drucksache als PDF](#) Nicht vollstreckte Haftbefehle zum Stichtag 31. März 2023 -20/6433-
- 20/6641 [Drucksache als PDF](#) Beschleunigung des Wärmepumpenhochlaufs -20/6430-
- 20/6702 [Drucksache als PDF](#) Verbot der Organisation „Letzte Generation“
- 20/6708 [Drucksache als PDF](#) Mehr Demokratie wagen – Echte Bürgerbeteiligung durch bundesweite Volksentscheide statt Bürgerräte
- 20/6638 [Drucksache als PDF](#) Subventionierung dänischer Photovoltaikanlagen durch Deutschland -20/6489-
- 20/6645 [Drucksache als PDF](#) Beteiligung von Verbänden im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren -20/6490-
- 20/6663 [Drucksache als PDF](#) Auswahlkriterien für die begrenzte Zahl von besonders wichtigen Straßenprojekten, deren Umsetzung beschleunigt werden soll
- 20/6664 [Drucksache als PDF](#) Visastatistiken an ausgewählten Botschaftsstandorten
- 20/6716 [Drucksache als PDF](#) Stopp der Verhandlungen zur EU-Richtlinie über Industrieemissionen
- 20/6717 [Drucksache als PDF](#) Grenzschutzzäune gemeinsam finanzieren – Gemeinsam gegen illegale Einwanderung vorgehen
- 20/6718 [Drucksache als PDF](#) Erfolg muss honoriert werden - Prämien für gehörlose Medaillengewinner der Deaflympics
- 20/6719 [Drucksache als PDF](#) Die Breitbandnetze zügig und sicher ausbauen – Für eine Nachbesserung der Gigabitstrategie der Bundesregierung
- 20/6720 [Drucksache als PDF](#) Bedrohung des Friedens im Osten der Demokratischen Republik Kongo durch Ruandas rohstoffbedingte Kriegshandlungen – Die Unterstützung der Europäischen Union für die ruandische Armee beenden

- 20/6721 [Drucksache als PDF](#) Eisenbahn-Investitionen in Westafrika stärker unterstützen – Chancen für die deutsche Bahnindustrie nutzen
- 20/6722 [Drucksache als PDF](#) Stabilität in autonomen kurdischen Regionen im Irak und in Syrien herstellen – Schutzzonen einrichten
- 20/6723 [Drucksache als PDF](#) Ernährungssicherheit als zentrales Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Mosambik mit Hilfe der deutschen Wirtschaft erreichen
- 20/6724 [Drucksache als PDF](#) Waldschutz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
- 20/6725 [Drucksache als PDF](#) Wasserressourcen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung in Afrika schützen
- 20/6726 [Drucksache als PDF](#) Chancen für die deutsche Wirtschaft nutzen - Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in der Republik Benin unterstützen
- 20/6727 [Drucksache als PDF](#) Konsequente Beendigung der Entwicklungszusammenarbeit in und mit Afghanistan – Keine Anwerbung neuer Ortskräfte
- 20/6728 [Drucksache als PDF](#) Sojaimporte aus dem Ausland verringern – Heimischen Eiweißpflanzenanbau fördern
- 20/6729 [Drucksache als PDF](#) Arbeit muss sich wieder lohnen – Den steuerlichen Grundfreibetrag in § 32a Absatz 1 Nr. 1 Einkommensteuergesetz vom sozialhilferechtlichen Existenzminimum entkoppeln
- 20/6730 [Drucksache als PDF](#) Den Europarat stärken – In Reykjavik zurück zu den Grundsätzen
- 20/6671 [Drucksache als PDF](#) Tatsächliche Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftepotenzial in Deutschland -20/6114-
- 20/6676 [Drucksache als PDF](#) Zahlungen der Bundesregierung an Medien und Influencer für Werbung, Anzeigen, Kampagnen und Informationsmaßnahmen -20/6295-
- 20/6678 [Drucksache als PDF](#) Folgen von potentiell zunehmenden Patentierungen von pflanzlichen Eigenschaften auf die deutsche Pflanzenzüchtung im Zusammenhang mit den neuen Züchtungsmethoden -20/6351-
- 20/6679 [Drucksache als PDF](#) Pflicht der Bundesregierung zur frühestmöglichen, schriftlichen, umfassenden und fortlaufenden Unterrichtung des Deutschen Bundestages bei Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik -20/6301-

- 20/6680 [Drucksache als PDF](#) Auslastung der im Bundesministerium der Justiz beschäftigten Juristen -20/6297-
- 20/6666 [Drucksache als PDF](#) Kommunale Wärmeplanung als Instrument der Wärmewende -20/6427-
- 20/6672 [Drucksache als PDF](#) Sich illegal in Deutschland aufhaltende Personen im Jahr 2022, die in BadenWürttemberg von der Bundespolizei aufgegriffen worden sind - 20/6338-
- 20/6673 [Drucksache als PDF](#) Sachstand zum muslimischen Leben in Deutschland - 20/6424-
- 20/6674 [Drucksache als PDF](#) Kinder als Täter -20/6302-
- 20/6682 [Drucksache als PDF](#) Statistik des Bundeskriminalamtes und der 16 Landeskriminalämter über Straftaten von Asylbewerbern, Personen im Status eines abgelehnten Asylantrags oder eines unerlaubten Aufenthaltes in Deutschland, aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern im Jahr 2022 -20/6434-